

**Nachhaltigkeitsprüfungen sagen wenig aus**  
*Die Auswirkungen von Freihandelsabkommen lassen sich im Voraus nicht bestimmen*

Jan Atteslander

*Teure Nachhaltigkeitsprüfungen von Handelsabkommen sind aus Sicht der Wirtschaft abzulehnen. Im Voraus lassen sich die Folgen dieser Abkommen ohnehin nicht bestimmen.*

Jan Atteslander

Soll ein Land wie Kolumbien vom Freihandel ausgeschlossen werden, weil dessen Gesellschaft und Politik noch immer von den Folgen eines jahrzehntelangen Bürgerkrieges gezeichnet sind? Sind Auswirkungen eines bilateralen Freihandelsabkommens auf Menschenrechte und Umwelt in «sustainability impact assessments» im Voraus abzuschätzen?

Viel Aufwand – kaum Ertrag

Aus Sicht der Wirtschaft sind Nachhaltigkeitsprüfungen zur Verbesserung der Kohärenz zwischen der Aussenwirtschaftspolitik und anderen Politikbereichen abzulehnen. Das Thema hat politisches Gewicht, so etwa bei der Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und Kolumbien. Ferner verlangte eine Motion von Nationalrat Carlo Sommaruga eine Nachhaltigkeitsprüfung beim geplanten Freihandelsabkommen mit China. In der Praxis sind solche Analysen aber ein schwieriges Unterfangen. Die EU lässt Studien dieser Art jeweils durch externe Experten anfertigen. Zwei bis drei Jahre – und mehrere hunderttausend Euro – später liegen dann jeweils Forschungsergebnisse mit bestenfalls geringer Aussagekraft vor. Der Bundesrat hat denn auch die Motion Sommaruga abgelehnt.

Freihandelsabkommen sind ein zentrales Instrument der Handels- und Investitionsförderung. Die Schweiz weist ein dichtes Netz an bilateralen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen auf, darunter auch mit Entwicklungs- und Schwellenländern.

Wie stark beeinflussen nun Freihandelsabkommen indirekt über Wirtschaftswachstum und Strukturveränderungen die Situation der Menschenrechte, der Umwelt oder der Arbeitsbedingungen? Die Frage ist ex ante schwierig zu beantworten. Ist ein hungernder Reisbauer nachhaltiger als ein hart arbeitender Fabrikarbeiter? Der bessere Zugang zum Weltmarkt eröffnet einem Land mehr Wachstumsmöglichkeiten. Wie dieses Potenzial genutzt wird, hängt aber nicht von Freihandelsabkommen ab, sondern von sämtlichen Bereichen der Wirtschaftspolitik eines Landes.

Im Falle der Schweiz ist zu bedenken, dass aufgrund des geringen Anteils am Welthandel kaum nennenswerte Auswirkungen auf die Entwicklung der Nachhaltigkeit eines Partnerlandes zu erwarten sind. Punktuelle Ausnahmen mag es geben. So weist die Schweiz einen Anteil von 1,9% am weltweiten Handel mit Hightech-Gütern auf. Die Beteiligung hiesiger Unternehmen etwa beim Ausbau der Infrastrukturen oder bei der Verbesserung der Gesundheitssysteme hat aber sicher einen positiven Effekt auf Lebensstandard und Nachhaltigkeit in den jeweiligen Ländern.

Im Voraus nicht zu beurteilen

Zur Illustration ein typisches Beispiel aus der Praxis: Dank modernster Technologie kann ein Schweizer Export-Unternehmen Lecks in Wasserleitungen schnell und präzise lokalisieren. Die Geräte sind hochwertig und teuer; aber in einem ariden Gebiet mit desolaten Wasserleitungssystemen kann mit ihrer Hilfe die Nachhaltigkeit gesteigert werden. Die Investition ist auch schnell amortisiert und wirtschaftlich interessant. Allerdings lassen sich im Voraus und vor der Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen im Rahmen von «sustainability impact assessments» keine gesicherten Abschätzungen über Firmen-Aufträge, den künftigen Güterverkehr oder die Nachhaltigkeit von Projekten machen.

Die Ablehnung von Nachhaltigkeits-Studien im Zusammenhang mit bilateralen Handelsabkommen soll aber nicht bedeuten, dass ein Land zur Stärkung von Kohärenz und Nachhaltigkeit der Aussenwirtschaftspolitik nichts unternehmen kann. Die Herausforderungen für Entwicklungs- und Schwellenländer beispielsweise zur Armutsbekämpfung sind immens, und die Schweiz leistet hierbei nützliche Unterstützung.

Seit 1994 werden in der Schweiz die zentralen Politikbereiche auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit untersucht. Die Kohärenz soll so erhöht werden. In ihrem jüngsten «Peer Review» der Entwicklungszusammenarbeit lobt die OECD die Schweiz explizit für die erzielten Fortschritte zur Verbesserung der Kohärenz. Das Land wird gar ermuntert, die gemachten positiven Erfahrungen auf den Gebieten von Handel, Steuern und der Rückgabe von entwendetem Staatsvermögen mit anderen Staaten zu teilen («Switzerland – Development Assistance Committee – Peer Review», OECD 2009, S. 37). Im gleichen Bericht wird der Agrarprotektionismus der Schweiz zwar bemängelt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass wir den Entwicklungs- und Schwellenländern spezielle Präferenzsysteme für deren Exporte in die Schweiz zugestehen.

Bei Freihandelsabkommen sind ferner Verweise auf internationale Organisationen und Instrumente wie die Menschenrechte oder das Internationale Arbeitsamt (ILO) enthalten. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) leistet seit Jahren mit lokalen Förderprogrammen für Exportsektoren in Entwicklungs- und Schwellenländern einen Beitrag zur Nachhaltigkeit der Wirtschaftsmodelle. Dies sind wichtige Massnahmen zur Verbesserung der Kohärenz zwischen den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit und der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Im jüngsten Aussenwirtschaftsbericht des Bundesrats werden erstmals die wichtigsten Zusammenhänge zwischen den Instrumenten der Aussenwirtschaftspolitik und der Förderung der Nachhaltigkeit beschrieben. Bei dieser lesenswerten Zusammenstellung wird auch auf Massnahmen seitens der Schweiz zur Verbesserung der Kohärenz eingegangen.

Das Fazit: Nachhaltigkeits-Berichte haben sich auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik nicht bewährt. Die Kohärenz insgesamt ist aber gleichwohl ein relevantes Thema. Allerdings sollte konsequenterweise auch in umgekehrter Richtung gefragt werden: Wie wirken sich wichtige Gesetzesprojekte in der Schweiz auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Aussenwirtschaft aus? Themen wie die laufende Aktienrechtsrevision, Steuerreform, Klima- oder Landwirtschaftspolitik würden dann in einem ganz anderen Licht erscheinen. Zudem wären die Auswirkungen der Entscheidungen in diesen Bereichen auf unsere international ausgerichteten Firmen viel sicherer zu prognostizieren. Die Zielkonflikte zwischen den Politikbereichen werden dadurch aber nicht leichter lösbar.

Der Autor ist Leiter Aussenwirtschaft bei der Economiesuisse.